

**HEUSS-FORUM**  
15/2017

*Kristian Buchna*

**„Liberale“ Vergangenheits-  
politik. Die FDP und ihr  
Umgang mit dem National-  
sozialismus**

**Theodor-Heuss-Kolloquium 2017  
Liberalismus und Nationalsozialismus –  
eine Beziehungsgeschichte  
14.–15. September 2017**

In Kooperation mit dem  
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin  
und seinem Zentrum für Holocaust-Studien

Leibniz Institute  
for Contemporary History



**Institut für  
Zeitgeschichte**  
Zentrum für Holocaust-Studien

## Kristian Buchna

### „Liberale“ Vergangenheitspolitik. Die FDP und ihr Umgang mit dem Nationalsozialismus

Am 11. Januar 1961 wandte sich Willy Max Rademacher, einstiges Mitglied der DDP und langjähriger Vorsitzender der betont linksliberalen FDP in Hamburg, in einem Brandbrief an den FDP-Parteivorsitzenden Erich Mende. Angesichts zahlreicher Eklats, ausgelöst durch ehemalige Nationalsozialisten innerhalb der FDP, beschwerte sich Rademacher über „illiberale Tendenzen“, die „für eine liberale Partei unerträglich“ seien. „Immer wieder“, so Rademacher,

„ist es die nicht bewältigte Vergangenheit, die gerade in unseren Reihen im Sinne einer Achenbach’schen Generalamnestie benutzt werden soll, um nicht nur zu vergeben, sondern um gleichzeitig total zu vergessen. Die täglich in der Presse behandelten Ereignisse beweisen aber mit aller Deutlichkeit, daß wir sowohl uns selbst gegenüber, als auch der Weltöffentlichkeit gegenüber mit diesen Dingen alles andere als fertig geworden sind. Wie kommt es eigentlich, daß innerhalb der CDU und noch mehr innerhalb der SPD kaum solche Auseinandersetzungen notwendig sind wie gerade in unserem politischen Lager, das für sich in Anspruch nimmt, Recht und Freiheit zu verteidigen?“<sup>1</sup>

Hier formulierte der Hamburger Liberale eine entscheidende Frage, die sich angesichts fortgesetzter innerparteilicher Konflikte geradezu aufdrängt, von der Forschung jedoch bis heute nicht beantwortet wurde. Einzelne schillernde

<sup>1</sup> Willy Max Rademacher an Erich Mende, 11.1.1961, abgedruckt in: Ulrich Keitel, „Sehr geehrter Parteifreund...“. Parteiinterne Rundbriefe gegen alte Nazis, Frankfurt am Main 2001, S. 127f.

Episoden der Wechselbeziehung von FDP und NS-Vergangenheit können mittlerweile als gut erforscht gelten, erwähnt sei nur die „Naumann-Affäre“ von 1953. Doch eine monographische Studie, wie sie jüngst etwa Kristina Meyer über die SPD und die NS-Vergangenheit vorgelegt hat,<sup>2</sup> bleibt im Falle der FDP noch immer ein Desiderat. In einem zwanzigminütigen Vortrag kann diese Forschungslücke nicht geschlossen werden, dennoch möchte ich zur Geschichte des Umgangs der FDP mit dem Nationalsozialismus in der Zeit von ihrer Parteigründung bis zur sozialliberalen Koalition fünf Thesen formulieren, die verdeutlichen sollen, dass sich eine solche Geschichte natürlich nicht in skandalisierender „Nazi-Zählerei“ erschöpfen darf, wie dies in letzter Zeit in politisch motivierten Auftragsarbeiten der Partei DIE LINKE geschieht,<sup>3</sup> sondern dass sie vielmehr einen Beitrag zum besseren Verständnis des parteipolitischen Nachkriegsliberalismus leisten kann.

#### 1. Am Anfang der FDP stand keine kritische, innerhalb des liberalen Spektrums integ-

<sup>2</sup> Kristina Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit, Göttingen 2015.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Peter Klausch: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit, hg. von DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag, [o.O.] 2008; Michael C. Klepsch: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das vergessene braune Erbe, hg. von Rüdiger Saggel, MdL, DIE LINKE, NRW, [o.O.] 2009; Hans-Peter Klausch: Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946–1987), hg. von DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2011; Hans-Peter Klausch: Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, hg. von DIE LINKE. Fraktion im Landtag des Saarlandes, Saarbrücken 2013.

### rativ wirkende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Bei einem Blick auf die Gründungsdokumente und -aufrufe liberaler Parteien in der unmittelbaren Nachkriegszeit fällt gerade im Vergleich mit anderen Parteien auf, dass sich nur sehr selten eingehendere Ausführungen zur jüngsten Vergangenheit finden.

Vier Gründe lassen hierfür anführen:

So ließe sich erstens die charakteristische Zukunftszugewandtheit des Liberalismus ins Feld führen, deren Preis im konkreten Fall jedoch die Ausblendung bzw. schnellstmögliche Überwindung der jüngsten Vergangenheit sein musste. „Über Gräber vorwärts“ – so lautet im August 1945 die Überschrift eines Leitartikels von Wilhelm Külz, des Mitbegründers der Berliner Liberal-Demokratischen Partei. In diesem Artikel fragte der Autor „Wollen wir an diesen Trümmerstätten in Verzweiflung klagend stehenbleiben?“ Seine vorwärtsblickend-optimistische Antwort lautete: „Wir müssen und wir wollen den Weg über diese Gräber hinweg in eine bessere Zukunft der Menschheit suchen.“<sup>4</sup>

Zweitens waren in den Gründungszirkeln liberaler Parteien – anders als etwa in der SPD – Vertreter des Widerstands oder Opfer nationalsozialistischer Verfolgung eher die Ausnahme als die Regel. Gerade in Regionen mit einem historisch schwach ausgeprägten liberalen Milieu finden sich unter den Gründungsliberalen zahlreiche Männer, die sich zuvor nicht parteipolitisch betätigt oder unter dem NS-Regime gelitten hatten. In diesen Kreisen war das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eher gering ausgeprägt.

<sup>4</sup> Artikel abgedruckt in: Vorwärts und aufwärts. Wege und Ziele der Liberal-Demokratischen Partei, Berlin 1945.

Drittens haben wir es im Fall des Parteiliberalismus mit *Neugründungen* zu tun. Ein geschichtsbewusstes Anknüpfen an liberale Parteitraditionen war in aller Regel nicht möglich und in den meisten Fällen auch gar nicht gewünscht. Nicht selten wurde sogar die eigene Geschichts- und Erfahrungslosigkeit als parteipolitisches Alleinstellungsmerkmal hervorgehoben. So heißt es zum Beispiel in einem Aufruf der Krefelder FDP an die deutsche Jugend:

„Wir reden nicht zu Euch als Männer mit langen Bärten, die wer weiß wie weise tun! Wir reden nicht zu Euch als die allzeit Erfahrenen, die da wichtig meinen, andere und vor allem Euch belehren zu müssen! Wir sind genauso unerfahren wie Ihr, wie alle anderen auch. Wo hatte es sonst auf dieser Erde schon irgendwo so katastrophal-verworrene Verhältnisse gegeben wie bei uns? Wer darf es sich da überhaupt anmaßen, von Erfahrung zu reden? Unserer Meinung nach niemand!“<sup>5</sup>

Nach dieser Auffassung handelte es sich beim Gründerkreis der südwestdeutschen Demokratischen Volkspartei um Reinhold Maier, Theodor Heuss und Wolfgang Haußmann um einen Zirkel von Männern mit *sehr* langen Bärten, denn die Vertreter der DVP wollten bewusst an liberale Traditionsstränge anknüpfen und ihre oftmals leidvollen Erfahrungen für die politische Arbeit der Gegenwart und Zukunft fruchtbar machen. Bereits in diesem frühen Stadium wird somit deutlich, dass sich die für die FDP so prägende Spannung zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung auch und gerade am Umgang mit der jüngsten Vergangenheit entzündete. Je liberaler das Selbstverständnis und je höher der Anteil Weimarer Demokraten in den je-

<sup>5</sup> FDP Landkreisgruppe Kempen-Krefeld: Flugblatt „An die deutsche Jugend“ [1946], Archiv des Liberalismus (künftig: AdL), FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 987.

weiligen Gründungszirkeln, desto intensiver fand eine abgrenzende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus statt.

Der vierte Grund für die insgesamt dennoch „auffallende Zurückhaltung in der Erwähnung und Analyse“<sup>6</sup> des Nationalsozialismus dürfte darin zu suchen sein, dass der Liberalismus nicht über ein weltanschaulich grundiertes, integrativ wirkendes Narrativ zur historischen Erklärung des Nationalsozialismus verfügte. Hierin unterschied er sich deutlich vom Sozialismus und christlichen Konservatismus, in denen u. a. auch Elemente bzw. Übersteigerungen des Liberalismus zur sinnstiftenden Deutung der Vergangenheit herangezogen wurden – sei es durch Verweise auf einen egoistischen Individualismus, auf einen enthemmten Kapitalismus oder auf die Säkularisierung bzw. Entchristlichung der deutschen Gesellschaft. Vergleichbar verkürzte, aber eben integrativ wirkende Vergangenheitsdeutungen gab es im liberalen Spektrum nicht.

Es ist hinlänglich bekannt, dass die FDP durch eine „vorkämpferische“ Vergangenheitspolitik gezielt um die Gunst ehemaliger Nationalsozialisten warb.<sup>7</sup> Besonders erfolgreich war dieses Werben in den großen Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die sich einer nationalen Sammlungspolitik verschrieben hatten. In der Forschung lässt sich allerorten nachlesen, die dortigen Landesverbände seien von ehemaligen Nationalsozialisten „unterwandert“ gewesen. Diese Deutung führt zu einer gleich doppelten Verkennung

<sup>6</sup> Erhard H. M. Lange: Politischer Liberalismus und verfassungspolitische Grundentscheidungen nach dem Kriege, in: Lothar Albertin (Hg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 48–91, hier S. 50.

<sup>7</sup> Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München <sup>2</sup>2003.

von Sachverhalt und Bedrohungspotential. Zunächst setzt der Begriff der Unterwanderung das Nicht-Wissen des Unterwanderten voraus, zum zweiten verengt sich der Blick allzu sehr auf besonders namhafte „Unterwanderer“, allen voran auf den Kreis um den ehemaligen Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann. Gegen diese Lesart wendet sich meine zweite These:

**2. Das Gefahrenpotential der nationalen Sammlungspolitik bestand in der Bildung einer bundesweiten Rechtspartei, in der liberale, nationalistische, chauvinistische und revisionistische Vorstellungen amalgamierten und in der ehemals ranghohe Nationalsozialisten gezielt angeworben und eingesetzt wurden.**

In nuce lässt sich diese These am sogenannten „Deutschen Programm“ von 1952 veranschaulichen, das vom NRW-Landesverband der FDP entworfen und insbesondere von Parteifreunden in Niedersachsen und Hessen unterstützt wurde. Nach Bekunden der Initiatoren sollte das „Deutsche Programm“ Grundsätze formulieren, die für eine „wahre Volksgemeinschaft“<sup>8</sup> unerlässlich seien. Es strebte die Überwindung der politischen Ordnung der Bundesrepublik an und weist dabei unübersehbar Parallelen zu Reformvorstellungen auf, wie sie im Liberalismus der frühen 30er Jahre zur Überwindung der Staatskrise entwickelt worden waren. Getragen von parlamentarismuskritischen und parteiskeptischen Überzeugungen forderte man ein führungsstarkes Präsidialregime innerhalb eines dezentralisierten Einheitsstaates. Das „Deutsche Reich“ wurde als die „überlieferte Lebensform unseres Vol-

<sup>8</sup> Aus der Rede Friedrich Middelhaues auf dem Bielefelder Landesparteitag vom 25.-27.7.1952, AdL, FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Landesparteitag, 26714.

kes“ beschworen, die NS-Verbrechen wurden mit der alliierten Besatzungspolitik gleichgesetzt. Gewiss nicht zufällig sucht man im „Deutschen Programm“ jede Erwähnung der Demokratie, des Liberalismus oder auch nur des Parteinamens FDP vergeblich.<sup>9</sup>

Ebenfalls bewusst wurde das „Deutsche Programm“ mit symbolträchtiger schwarz-weiß-roter Umrandung gedruckt, auch für die „Nationale Sammlung“ wurde in dieser programmatischen Farbgebung geworben.

Das „Deutsche Programm“ sollte die national-liberalen Landesverbände der FDP dazu befähigen, zum Kristallisationskern einer rechten Sammlungsbewegung zu werden. Zu diesem Zweck wurden – ohne Kenntnis der Bundespartei – Fusionsverhandlungen mit zahlreichen Verbänden und Parteien des rechten bzw. rechtsextremen Spektrums geführt: von der Deutschen Partei über die Vereinigte Rechte, Ehemaligen-Verbände von Wehrmacht und Waffen-SS bis hin zum österreichischen VdU, mit dessen Vertretern man die „Möglichkeiten einer engen politischen Schicksals- und Kampfgemeinschaft“<sup>10</sup> auslotete.

Am Beispiel der Personen, die am „Deutschen Programm“ mitgewirkt hatten, lässt sich eine vergangenheitspolitische Maxime veranschaulichen, die besonders radikal im größten FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen praktiziert wurde. So wurde die politische Vergangenheit ehemaliger Nationalsozialisten nicht etwa ausgeblendet, vielmehr wurden die Ehemaligen gezielt in solchen Bereichen einge-

setzt, in denen sie sich bereits im Dritten Reich „bewährt“ hatten. Da die Personalien Werner Naumann und Werner Best sattsam bekannt sind, möchte ich zwei andere Beispiele anführen:

Wolfgang Diewerge, einer der auflagenstärksten und perfidesten antisemitischen Hetzer des Dritten Reiches, Träger des Goldenen Parteiabzeichens und des SS-Ehrendolchs. Im Propagandaministerium war er u. a. mit dem Aufbau eines Netzes von Reichs-, Gau- und Kreisrednern befasst. 1951 stellte der NRW-Landesvorsitzende Friedrich Middelhaue Diewerge als persönlichen Büroleiter ein; eine seiner zentralen Aufgaben war der Aufbau einer parteiinternen Rednerschulung.

Siegfried Zoglmann war in der NRW-FDP Leiter des dortigen „Propaganda-Referats“ und Chefredakteur der Parteizeitung „Die Deutsche Zukunft“. Der ehemalige HJ-Hauptbannführer und SS-Obersturmführer hatte bereits in jungen Jahren Propaganda im Dienste der Reichsjugendführung betrieben und sich u. a. als Schriftleiter der HJ-Reichszeitung hervorgetan.

Friedrich Middelhaue, der selbst der Deutschen Staatspartei angehört hatte und *kein* Nationalsozialist gewesen war, hat diese skandalös anmutende Personalpolitik mit der eigenen Liberalität begründet: „Wir müssen aber diese Menschen nicht nur als Wählerstimmen gewinnen, sondern als aktive Mitarbeiter der Partei. Kann es uns dann stören, wenn einige Kreisleiter der NSDAP waren? Gerade weil wir liberal sind, können wir das tun.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Aufruf zur nationalen Sammlung – Das Deutsche Programm, 1952, abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977, S. 120–124.

<sup>10</sup> Friedrich Middelhaue an Hans Freyborn (VdU), 20.8.1952, Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RWN 172/592, pag. 178.

<sup>11</sup> Protokoll der Sitzung des FDP-Bundesvorstands am 6.8.1952, in: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher, Sitzungsprotokolle 1949–1954, bearb. v. Udo Wengst, 1. Halbband, Düsseldorf 1990, Nr. 19, S. 376.

Den innerparteilichen Kritikern im Südwesten oder in den Hansestädten war nur zu bewusst, dass hier eine instrumentelle Geschichtsvergessenheit als liberale Vorurteilslosigkeit getarnt wurde. Aus eigener Kraft waren sie jedoch nicht in der Lage, die Aushöhlung der FDP durch illiberale Personen, Praktiken und Ideen zu stoppen. Erst die Intervention der britischen Besatzungsmacht im Januar 1953, also die Festnahme von Mitgliedern des „Naumann-Kreises“, ermöglichte es der liberalen Opposition, das Ausmaß jener gezielt betriebenen Infiltration durch eine innerparteiliche Kommission untersuchen zu lassen.

Das politische Projekt der „Nationalen Sammlung“ war damit diskreditiert, doch am rechten Rand der FDP blieb für ehemalige Nationalsozialisten der Anpassungsdruck an demokratische Verfahrensregeln und liberale Werte so gering, dass in Teilen der Partei chauvinistische, rassistische und antisemitische Ressentiments virulent blieben. Schon der Parteinachwuchs „Junge Adler“ trat in HJ-ähnlicher Manier auf, bis in die 1960er Jahre wurde das Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes gefordert oder offen praktiziert, in Parteiorganen wurden Unterschiede zwischen „Negern“ und „Europäern“ erörtert,<sup>12</sup> der Niedergang der „weißen Völker“ beschworen<sup>13</sup> oder es wurde von „Machtzirkeln“ schwadroniert, die vermeintlich hinter den Alliierten der Weltkriege stehen und seit Jahrzehnten „Lügensgift“ gegen Deutschland schleudern würden, „um ihre Weltschuld zu tarnen und eine faire geschichtliche Gegenrechnung zu verhin-

<sup>12</sup> Dr. Kellner: Soziale Sicherheit in wirtschaftlicher Freiheit, in: Die Plattform. Rednerdienst 1 (1950), S. 11.

<sup>13</sup> August W. Halfeld: Unterwanderung der deutschen Seele, 26.8.1960, Deutsche Saar. Stimmen der Demokratischen Partei Saar (DPS).

dern.“<sup>14</sup> Im rechten Spektrum des parteipolitischen Liberalismus gab es Strömungen, die solcherlei Positionen teilten, mindestens aber duldeten. Meinungsumfragen der 1950er und frühen 1960er Jahre bestätigen diesen Befund: Stets waren bei den Anhängern der demokratischen Parteien antisemitische und pronationalsozialistische Positionen unter FDP-Wählern am weitesten verbreitet.

### 3. Die FDP vollbrachte mit ihrer „liberalen“ Vergangenheitspolitik eine hohe Integrationsleistung, doch den Preis für die dabei unterbliebenen Grenzziehungen hatten die gemäßigten und linksliberalen Kräfte zu zahlen, zulasten der liberalen Substanz der FDP.

„Steinzeit-Liberale“ und „Querulanten“ – so wurden in rechten FDP-Kreisen jene „Parteifreunde“ bezeichnet, die schon in der Weimarer Republik einer liberalen Partei angehört hatten und nun Kritik an einer schleichenden Renazifizierung ihrer Partei übten. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen gab es gezielte Bestrebungen, diese liberale Opposition mundtot zu machen – sei es durch eine Fülle von Parteiausschlussverfahren oder im Extremfall durch eine handstreichartige Übernahme renitenter Kreisverbände durch linientreue, „aktivistische Kräfte“ – in aller Regel ehemalige Nationalsozialisten. Eine Vielzahl liberaler Parteimitglieder zog jedoch von sich aus die Konsequenz und reagierte auf den fortgesetzten Rechtskurs mit dem Austritt aus der FDP. Im November 1957 gab sogar der gesamte Kreisverband Emden seinen Austritt aus der Partei bekannt, da „[p]lanmäßig [...] die rechtsstaatlich denkenden Menschen mit liberaler Überzeugung zermürbt und aus

<sup>14</sup> Otto Schmidt: Überbelichtet und unterentwickelt, 2.12.1960, Deutsche Saar.

dem Landesverband entfernt“<sup>15</sup> worden seien. Just in jener Zeit ging die FDP im niedersächsischen Landtag eine Fraktionsgemeinschaft mit den Abgeordneten der rechtsextremen Deutschen Reichspartei ein. Vor diesem Hintergrund warnte der Vorsitzende des Liberalen Studentenbundes Albrecht Menke im Bundesvorstand: „Wenn die FDP mit Neo-Nazis paktiere und eine prinzipienlose Additionspolitik betreibe, so würden zahlreiche Jungliberale heimatlos.“<sup>16</sup>

Welch schweren Stand junge Liberale innerhalb der FDP hatten, zeigt das hier in München und hier im Institut für Zeitgeschichte gut bekannte Beispiel von Hildegard Hamm-Brücher, die aufgrund ihrer jüdischen Großmutter antisemitische Diffamierungen innerhalb der eigenen Partei über sich ergehen lassen musste, aber auch das Beispiel Gerhart Baums, der sich gegen den „braune[n] Ungeist“<sup>17</sup> in der FDP zur Wehr setzte. Im Kölner Kreisverband befand sich Baum nach eigenen Worten „auf einer Insel der Reformliberalität in einem uns gegenüber feindselig gestimmten Landesverband.“<sup>18</sup> Tatsächlich musste Baum in den 1950er und 1960er Jahren ein Parteiausschlussverfahren, eine manipulierte Abwahl als Kreisvorsitzender sowie die systematische Fernhaltung von sicheren Listenplätzen

<sup>15</sup> Entschließung des FDP-Kreisverbandes Emden, 30.11.1957, zit. n. Manfred Jenke: *Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*, Berlin 1961, S. 196.

<sup>16</sup> Protokoll der Sitzung des FDP-Bundesvorstands am 30.11.1957, in: FDP-Bundesvorstand. *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier, Sitzungsprotokolle 1954–1960*, bearb. v. Udo Wengst, Düsseldorf 1991, Nr. 46, S. 327.

<sup>17</sup> Gerhart Baum: Vorwort, in: U. Keitel: *Rundbriefe*, S. 8.

<sup>18</sup> Gerhart Baum / Burkhard Hirsch: *Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite*, Berlin 2016, S. 75.

aushalten – ohne erkennbare Auswirkungen auf seinen liberalen Widerstandsgeist. So organisierte er etwa 1956 gegen den Willen der Landespartei die Vorführung von Alain Resnais Dokumentarfilm „Nacht und Nebel“; außerdem verschickte er zu Beginn der 1960er Jahre zusammen mit drei Parteifreunden sogenannte „parteiinterne Rundbriefe“, in denen vor allem nationalsozialistische, antisemitische und rassistische Umtriebe oder Ausfälle innerhalb der FDP angeprangert wurden.

Die zahlreichen Reaktionen auf jene Rundbriefe können als Beleg für die tiefe Spaltung der FDP auch noch zu Beginn der 1960er Jahre gelten. Während der führende Autor der Rundbriefe, Ulrich Keitel, vom hessischen Landesverband mit einem Parteiausschlussverfahren belegt wurde, erhielt er von linksliberalen Parteimitgliedern dankbare Zustimmung, von Theodor Heuss sogar eine finanzielle Spende zur Unterstützung der Rundbrief-Aktion.

#### 4. Die Spaltung der Liberalen, ihre Rücksichtnahme auf potentielle Wählerstimmen sowie der hohe Anteil an „Ehemaligen“ in den eigenen Reihen verhinderten, dass die FDP als Bundespartei einen konstruktiven Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit leistete.

Diese These ließe sich am Beispiel der ablehnenden Haltung der FDP in der Wiedergutmachungsfrage, an ihrem gespaltenen Verhältnis zum Widerstand des 20. Juli oder auch an ihrer einmütigen Ablehnung einer Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord in den 1960er Jahren veranschaulichen. Die Verjährungsdebatte zeigt besonders deutlich, wie liberale Rechtsideale, politisches Kalkül, Schlussstrich-Mentalität und zählebige antijüdische Ressentiments ineinandergreifen konnten. In der *politischen* Debatte waren für die Liberalen Rechtssicherheit und die Ablehnung jeder

Ausnahmeregelung die entscheidenden Gründe für ihre Ablehnung einer Fristverlängerung. In der parteiinternen oder öffentlichen Diskussion offenbarten sich jedoch weitere Motive. „Wir haben es nicht nötig“ – so hieß es in einer Entschließung des FDP-Bezirksverbandes Unterfranken – „20 Jahre nach Ende des Krieges und des unseligen Hitlerregimes künstlich den Schuldkomplex im deutschen Volke zu erhalten und zu verstärken. Durch eine solche Maßnahme würde das Ansehen des deutschen Volkes schwer beschädigt werden.“<sup>19</sup>

Immer wieder tauchte das Argument auf, Deutschland dürfe sich dem Druck des Auslands nicht beugen, zumal nicht dem Druck Israels oder jüdischer Organisationen. *Deren* Demonstrationen gegen ein Eintreten der Verjährung würden vielmehr nach Meinung des FDP-Bundesjustizministers Ewald Bucher Antisemitismus schüren. Geradezu zynisch mutet es an, wenn ehemalige Nationalsozialisten wie eben Ewald Bucher oder der FDP-Generalamnestie-Lobbyist Ernst Achenbach die Opfer der NS-Verbrechen für ihre Argumentation zu instrumentalisieren versuchten. Demnach würden neu aufgerollte Prozesse nicht nur eine vermeidbare Belastung für die Opfer und Zeugen bedeuten, vielmehr gelte auch – so Achenbach – die Faustregel: „Die Hälfte der Zeugen sind tot, das dritte Viertel erinnert sich an gar nichts, und das vierte Viertel erinnert sich zwar, aber es ist sehr offen, ob die Erinnerungen richtig sind.“<sup>20</sup> Achenbach selbst war als Gesandtschaftsrat an der Pariser Botschaft in die Deportation französischer Juden involviert.

<sup>19</sup> FDP-Bezirksverband Unterfranken an die FDP-Bundestagsfraktion, 6.3.1965, AdL, 1655, Stellungnahmen zur Verjährung.

<sup>20</sup> Interview-Aussage Achenbachs von 1974 in der TV-Dokumentation *Hitlers Eliten nach 1945: Juristen – Freispruch in eigener Sache* (2002).

In der Bundestagsdebatte vom 10. März 1965, die gemeinhin als „Sternstunde des Parlaments“ gilt, blieb es dem jungen Christdemokraten Ernst Benda und dem Kronjuristen der SPD Adolf Arndt vorbehalten, die moralische Dimension der Ahndung von NS-Verbrechen und die daraus erwachsende Verantwortung für Politik und Gesellschaft zu benennen. Die FDP-Bundestagsfraktion hingegen, deren Anteil ehemaliger NSDAP-Parteimitglieder bei über 50 % lag, lehnte eine Fristverlängerung ab. Im Anschluss zeigten sich die Liberalen hochofreut über die „sehr gute Öffentlichkeitswirkung“<sup>21</sup> ihrer Grundsatzfestigkeit innerhalb der FDP-Wählerschaft.

##### 5. Die sozialliberale Koalition wirkte für die FDP wie ein liberaler Filter gegen Personen und Ideen in den eigenen Reihen, deren liberale Verwurzelung schon immer zweifelhaft war.

„Opas FDP ist tot“ – so stand es im Januar 1968 auf Transparenten des Bundesparteitags der FDP. Die jungen, progressiven Kräfte der Freien Demokraten waren wildentschlossen, den (wie es hieß) „Muff der Mende-FDP“ zu überwinden, und sie verfügten nunmehr über die notwendige innerparteiliche Basis, diesen liberalen Politikwechsel auch umzusetzen. Walter Scheel löste den Ritterkreuzträger Erich Mende als Parteivorsitzender ab, der Adler als Parteisymbol hatte zugunsten der Pünktchen-FDP ausgedient, Gustav Heine mann wurde mit den Stimmen der Liberalen zum Bundespräsidenten gewählt, und jenes

<sup>21</sup> Vgl. Äußerungen von Erich Mende und Willi Weyer in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 1.4.1965, in: FDP-Bundesvorstand. *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende, Sitzungsprotokolle 1960–1967*, bearb. v. Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993, Nr. 59, S. 621.



„Stück Machtwechsel“ fand in der sozialliberalen Koalition seine Vollendung.

Die innere Liberalisierung der FDP spiegelt sich auch in Meinungsumfragen wieder: Waren 1956 noch 56 % der FDP-Wähler der Meinung, Hitler wäre ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen, so stimmten dem 1972 „nur noch“ 23 % zu.<sup>22</sup> Bemerkenswert ist: 1956 war es der Höchstwert unter allen Parteianhängern, 1972 der niedrigste.

In Verbindung mit der sozialliberalen Wirtschafts-, Gesellschafts- und vor allem Außenpolitik zog dieser liberale Aufbruch eine Welle von Parteiaus- und -übertritten von Vertretern der Parteirechten nach sich. Mit dem Rechtsliberalen Arbeitskreis und v. a. mit der Nationalliberalen Aktion unter Siegfried Zoglmann kam es zu Partei-Abspaltungen, denen sich insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern zahlreiche enttäuschte FDP-Mitglieder anschlossen. Bei den Abtrünnigen fällt auf, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle um ehemalige Nationalsozialisten handelte, die sich aufgrund der nationalen Sammlungspolitik der FDP angeschlossen und nun, in der sozialliberalen Ära, ihre politische Heimat verloren hatten. Bezeichnenderweise diente Zoglmann für seine Nationalliberale Aktion das „Deutsche Programm“ von 1952 als Vorbild. Doch was in der frühen Bundesrepublik Programmkern eines Großteils der FDP war, befand sich zu Beginn der 1970er Jahre deutlich außerhalb des liberalen Spektrums.

#### Zitation:

Kristian Buchna: „Liberale“ Vergangenheitspolitik. Die FDP und ihr Umgang mit dem Nationalsozialismus, in: HEUSS-FORUM 15/2017, URL: [www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum\\_15\\_2017](http://www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_15_2017).

<sup>22</sup> Vgl. Werner Bergmann, Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991, S. 95.